

Gemeinderatssitzung vom 28.01.2019

Zwei Geschwindigkeiten der CDU bei der Leo-Affäre

– Hans Schindler: „Ich bin nicht bei der FDP“

Baden-Baden, 30.01.2019, Kommentar: Christian Frietsch **Die Baden-Badener CDU hat sich wohl auf eine Politik der zwei Geschwindigkeiten verständigt. Während Baubürgermeister Alexander Uhlig, CDU, schon Anfang letzten Jahres die Notbremse zog und wegen Ungereimtheiten bei der Ausschreibung für den zweiten Teil der Leo-Sanierung, setzen OB Mergen, CDU, und die CDU-Fraktion auf die Zeit und wollen erst den Ausgang der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in Sachen Leo-Affäre und Baufirma Weiss abwarten.**

Am Montag geriet der FDP-Kreisvorsitzende René Lohs ins Visier des CDU-Vizefraktionschefs Klaus Bloedt-Werner, der sich Vorwürfe von «mafiösen Strukturen» nicht gefallen lassen wollte.

Ob diese Vorwürfe überhaupt gegen seine Person erhoben wurden, ist nicht bekannt, jedenfalls stellte der Rebland-Stadtrat den nicht anwesenden Baden-Badener FDP-Vorsitzenden in den Senkel, von dem solche Vorwürfe stammen sollen. Wenn René Lohs «der neue Stern am liberalen Himmel sein soll, dann haben Sie die Finsternis gewählt», spielte der CDU-Stadtrat dann die böse Fee und es gelang ihm tatsächlich, die kleine FDP-Gruppe wenige Monate vor der Kommunalwahl zu verunsichern. Rolf Pilarski wollte seinen Kreisvorsitzenden nicht verteidigen und sein Listen-, aber nicht Parteikollege Hans Schindler hielt die Parteifahne der Liberalen schon gar nicht hoch und beeilte sich, sich zu distanzieren: «Ich bin nicht bei der FDP.» Gestern berichtete *goodnews4* bereits zur Gemeinderatssitzung vom Montag. Einzelheiten im *goodnews4*--Protokoll von Nadja Milke.

***goodnews4*-Protokoll zur 50. Sitzung des Gemeinderates**

TOP 1 Informationen der Verwaltung

Oberbürgermeisterin Margret Mergen ging kurz auf die Ergebnisse einer Studie über die Auswirkungen des Online-Handels auf den stationären Handel ein. Ein Ergebnis der Studie sei, dass Gründe für die Kunden, den stationären Einzelhandel zu besuchen, unter anderem attraktive Einkaufsstraßen, Angebotsvielfalt, Ambiente und Events seien. OB Mergen erinnerte daran, dass Baden-Baden seine Gäste brauche, denn nur von den Baden-Badenern könnten die Geschäfte nicht leben. Es müsse deshalb eine «gute Balance» gefunden und «sorgfältig austariert» werden.

OB Mergen berichtete von ihrer Reise nach Paris zur Unterzeichnung des Welterbe-Antrags der Stadt Baden-Baden und ihren zehn Partnern. Der Antrag soll bis zum 31. Januar bei der UNESCO eingereicht werden. Experten von ICOMOS werden dann im Sommer in Baden-Baden erwartet. *goodnews4.de* berichtete.

Margret Mergen informierte über den Rückzug der Firma Arvato von ihren Erweiterungsplänen in der Baden-Badener Weststadt. *goodnews4.de* berichtete. Als Stadt wolle man nun prüfen, wie man die städtebauliche Chance nutzen könne, durch Wohnnutzung oder Büronutzung eine städtebauliche Aufwertung für das Gelände zu erreichen. Man benötige «ein paar Monate Zeit», zu schauen, was sinnvoll sei. Das Grundstück ist «in unserer Hand», so OB Mergen.

OB Mergen beantwortete eine Anfrage von CDU-Stadtrat Klaus Bloedt-Werner, dass für die Sanierung des Geländers am Steinbach Mittel im Haushalt bereitstehen und die Sanierung in diesem Jahr begonnen werde und bis zum Jahr 2021 dauern soll.

TOP 2 Bürgerfragestunde (Fragen, Anregungen und Vorschläge)

Keine Wortmeldungen.

TOP 3 Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse

OB Mergen verwies auf den Aushang im Rathaus.

TOP 4 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Baden-Baden

Kritik an der geplanten Satzungsänderung gab aus es der CDU-Fraktionen an der Ungleichbehandlung der Ortschaftsräte. Durch den Zusammenschluss von Steinbach, Varnhalt und Neuweier verfügt der Ortschaftsrat Rebland über höhere Zuständigkeiten als die übrigen Ortschaftsräte.

Die Grünen, die Freien Wähler und die FDP kritisierten, dass der Personalausschuss in den Hauptausschuss eingegliedert werden soll. Grünen-Stadträtin Astrid Sperling-Theis argumentierte, dass der Hauptausschuss langsam zu einem «kleinen Gemeinderat» ausgedehnt werde. Der Hauptausschuss habe andere Schwerpunkte und würde sich mit Personalentscheidungen nicht in der Tiefe befassen können wie ein eigenständiger Personalausschuss. FDP-Sprecher Rolf Pilarski befürchtet, dass sich die Sitzungen des Hauptausschusses zu «Marathonsitzungen» ausdehnen und darunter die Sorgfalt leiden könnte. «Gute Personalpolitik und gute Finanzpolitik in einer Sitzung halte ich für bedenklich», so Pilarski.

Der Gemeinderat stimmte bei drei Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen zu.

**TOP 5 Besetzung des Jugendhilfeausschusses;
Widerruf und Neubestellung eines weiteren nichtstimmberechtigten
Mitgliedes**

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Jugendhilfeausschuss setzt sich aus gemeinderätlichen und weiteren stimmberechtigten und nicht stimmberechtigten Mitgliedern zusammen. Nach § 4, II, Abs. 1 der Satzung für das Jugendamt setzen sich die nicht stimmberechtigten Mitglieder wie folgt zusammen:*

- a) einem Arzt / einer Ärztin des Gesundheitsamtes*
- b) einem / einer Vormundschafts-, Familien- oder Jugendrichter /-richterin*
- c) einem Vertreter / einer Vertreterin der Schule*
- d) je einem Vertreter / einer Vertreterin der anerkannten Religionsgemeinschaften*
- e) dem Leiter / der Leiterin des Fachbereiches Bildung und Soziales*
- f) einem Vertreter / einer Vertreterin der Polizei* Die nicht stimmberechtigten Mitglieder werden gem. § 40 Abs. 1 GemO durch den Gemeinderat widerruflich berufen.

Herr Karl-Heinz Honeck hat die Leitung des Kirchenverwaltungsamtes Karlsruhe übernommen und steht für die Geschäftsführung des Evangelischen Verwaltungs- und Serviceamtes Baden-Baden und somit auch für den Jugendhilfeausschuss nicht mehr zur Verfügung. Mit Mail vom 08.10.2018 hat das Evang. Verwaltungs- und Serviceamt mitgeteilt, dass Herr Frank Löwe als weiteres nicht stimmberechtigtes Mitglied benannt wird.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 6 Besetzung des Sozialausschusses mit sachkundigen Einwohnern;

a) Widerruf der Berufung eines Mitglieds

Widerruf der Berufung eines stellvertretenden Mitglieds

b) Neuwahl eines Mitglieds

Neuwahl eines stellvertretenden Mitglieds

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Nach § 41 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) können durch den Gemeinderat sachkundige Einwohner widerruflich als Mitglieder in beratende Ausschüsse berufen werden. Gemäß § 116 Abs. 1 des SGB XII (Sozialhilfe) sind vor dem Erlass allgemeiner Verwaltungsvorschriften sozial erfahrene Dritte zu hören, insbesondere aus Vereinigungen, die Bedürftige betreuen oder aus Vereinigungen von Sozialleistungsempfängern. Aus diesem Grund sind in den Sozialausschuss sachkundige Einwohner als Mitglieder zu berufen. Mit Beschluss des Gemeinderates vom 03.09.2014 (Vorlagen-Nr. 14.232) wurde u.a. der VdK Baden-Baden als entsprechender Verband bestimmt. Herr Dr. Werner Frase hat seine Funktion als*

Kreisvorsitzender des VdK Kreisverband Baden-Baden beendet und steht dem Sozialausschuss als Mitglied nicht mehr zur Verfügung. Mit Mail vom 11.12.18 hat der Sozialverband VdK Herrn Reiner Neumeister (neuer Kreisvorsitzender) für die Mitgliedschaft im Sozialausschuss benannt.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 7 Gewerbeflächenentwicklungskonzept (GEFEK)

a) Kenntnisnahme des GEFEK

b) Beschluss über Szenario 1 als Grundlage für künftige Bauleitplanung

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Nach intensiven Vorgesprächen mit der Gewerbeentwicklung GmbH (GEBB) und der Stadt wurde die CIMA Beratung und Management GmbH, Standort Lübeck, im März 2018 von der GEBB mit der Erarbeitung eines Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes beauftragt. Um die bisher so erfolgreiche Gewerbeflächenentwicklung auch zukünftig weiter führen zu können, wurde die Erarbeitung eines solchen Konzeptes erforderlich. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass vor allem Flächen Bereich des «Gewerbeparks Oos West» nicht nur von heimischen Unternehmen nachgefragt werden. Der Gewerbepark ist fast vollständig überbaut oder Flächen mit Optionen belegt. Weitere Flächenoptionen im Umfeld sind räumlich begrenzt. Um den Wirtschaftsstandort auch weiterhin erfolgreich in die Zukunft zu führen, müssen künftige Gewerbeflächen den Ansprüchen des Marktes genügen. Das Gewerbeflächenentwicklungskonzept hat sich intensiv mit dem Gewerbestandort auseinandergesetzt. Ihm sind Handlungsempfehlungen in Form dreier Szenarien zu entnehmen. Bestehende und etwaige Gewerbegebiete werden in Form von Steckbriefen analysiert und Empfehlungen für eine weitere Entwicklung ausgesprochen. Das Gewerbeflächenentwicklungskonzept soll als Grundlage für künftige Gewerbeflächenfortschreibungen in Bauleitplanverfahren gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB herangezogen werden. Die Stadt priorisiert dabei das Szenario 1. FNP-Reserven PLUS (Szenario 1)

- Sicherung FNP-Reserven*
- Entwicklung der aktivierbaren FNP-Reserven, soweit möglich*
- Erweiterung der «Hüfenau»*

a) Gewerbeband westlich der A5 (Szenario 2)

- Entwicklung neue GE-Achse Unterfeld bis zum Gelände Fa. Bold*
- Einbindung des Kühlsees*
- Interkommunale Zusammenarbeit mit Iffezheim*

b) Umnutzung Segelflugplatz (Szenario 3)

- Entwicklung der aktivierbaren FNP-Reserven, soweit möglich*

- *Entwicklung von Zusatzstandorten (Oberfeld / Pflost)*
- *Umnutzung des Segelflugplatzes*

TOP 8 Bebauungsplan «Untere Sommerbühn – 4. Änderung»

a) Billigungsbeschlüsse

b) Offenlagebeschlüsse

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Mit der Überplanung der bestehenden Gärtnerei soll eine Teilfläche entsprechend dem Lageplan vom 12.01.2018 analog der bestehenden Bebauung als Wohnbauflächen ausgewiesen und in Anwendung des kommunalen Wohnbauflächenmanagements entwickelt werden. Die angrenzende Fläche wird mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan «Pflegeheim Steinbach» künftig als Pflegeheim genutzt. Das Verfahren findet aufgrund der geringen Größe des Plangebietes (0,45 ha) als Bebauungsplan der Innenentwicklung statt. Eine Umweltprüfung wird nicht durchgeführt, ein Umweltbericht wird nicht erstellt.

goodnews4.de berichtete.

Günter Seifermann, die Grünen, kritisierte, wie auch schon in der Sitzung des Bauausschusses, dass die Stadt nur 15 Prozent der Grundstücke des Neubaugebietes besitze und nicht, wie vom Gemeinderat im Wohnbauflächenmanagement beschlossen 40 Prozent.

Kurt Hochstuhl, SPD-Fraktionschef, kritisierte, dass von der Stadt «im Bereich Mietwohnungsbau nicht Bedarf entsprechend gehandelt wird». Die Bebauungspläne, wie «Untere Sommerbühn» würden Einzel- und Doppelhäuser für Wohneigentum vorsehen, Mitarbeiter, zum Beispiel von Arvato, junge Leute mit der heutigen Mobilität würden, wenn Sie in eine neue Stadt kommen, nicht gleich ein Haus bauen wollen. OB Mergen hielt mit den Bauprojekten zum Beispiel in der Alemannenstraße, Hubertusstraße, in Sandweier oder im Ooswinkel dagegen. «Wir arbeiten wir die Löwen daran, Wohnraum zu schaffen», das Problem sei die «knappe Ressource Boden».

Der Gemeinderat stimmte bei 6 Enthaltungen zu.

TOP 9 Europawahl, Gemeinderats- und Ortschaftsratswahlen am 26.05.2019

Bildung des Stadtwahlausschusses und Gemeindewahlausschusses

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Der Ältestenrat hat in seiner Sitzung am 04.12.2018 die Empfehlung abgegeben, dass jede im derzeitigen Gemeinderat vertretene Fraktion/Gruppierung je eine Person als Beisitzer/Beisitzerin plus je eine Person als Stellvertreter/Stellvertreterin für die Besetzung der Wahlausschüsse

anlässlich der Europa- und Kommunalwahlen vorschlagen soll. Die Verwaltung hat jede im Gemeinderat vertretene Fraktion/Gruppierung um Abgabe von Vorschlägen für die zu besetzenden Beisitzer/Beisitzerinnen sowie jeweils Stellvertreter/Stellvertreterinnen gebeten. Nennungen sind von den Fraktionen der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der Freien Wähler, der FBB und der FDP-Gruppe eingegangen. Alle vorgeschlagenen Personen sind in die Ausschüsse wählbar.

Mehr: [PDF Vorschlagslisten](#)

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 10 Anfragen aus dem Gemeinderat

bereits über die Anfrage von FBB-Stadtrat Martin Ernst und die erfolglose Suche der Stadtverwaltung nach einem Schreiben, das der Bauunternehmer Roland Weiss im Februar 2014 an den damaligen Oberbürgermeister Wolfgang Gerstner gerichtet und diesen wegen nicht erfolgter Aufträge gehörig unter Druck gesetzt hatte.

Oberbürgermeisterin Mergen fragte Rolf Pilarski nach der Forderung des FDP-Kreisvorsitzenden René Lohs, der fordert, «die Ausweisung von ‘Parkplätzen nur für Frauen’ zu beenden». [goodnews4.de berichtete](#). Rolf Pilarski antwortete mit der Gleichberechtigung von Männern und Frauen, räumte aber «das besondere Schutzbedürfnis von Frauen» ein und erinnerte an die versuchte Vergewaltigung in der Tiefgarage am Festspielhaus. [goodnews4.de berichtete](#). Da die Beschilderung aber keine rechtliche Bindung habe, könnten die Parkplätze auch von Vätern genutzt werden. Bürgermeister Roland Kaiser erklärte, dass sich die Rechtsprechung auf öffentliche Parkplätze beziehe, privatgeführte Parkgaragen seien davon nicht betroffen. Die Stadt Baden-Baden habe keine Frauenparkplätze auf öffentlichen Plätzen ausgewiesen.

Auch Klaus Bloedt-Werner nahm sich eine Äußerung von René Lohs vor, der von mafiösen Strukturen in der Baupolitik, der Baubranche und der Kommunalpolitik gesprochen habe. Wenn René Lohs «der neue Stern am liberalen Himmel sein soll, dann haben Sie die Finsternis gewählt», so Klaus Bloedt-Werner. René Lohs sei immerhin ein promovierter Jurist. Rolf Pilarski erklärte schnell, dass die FDP-Gruppe im Gemeinderat mit den Kollegen und der Verwaltung gut zusammenarbeite. Bei den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gelte es abzuwarten und es gelte die Unschuldsvermutung, deshalb halte er sich mit «jeglicher Bemerkung» zurück. Bei der Bearbeitung von zwei großen Bauprojekten – Vincentiusgelände und Leo – seien Fehler passiert und damit diese Fehler nicht wieder passierten, sei heute die Hauptsatzung geändert worden. «Mafiöse Strukturen ist etwas, womit ich mich nicht identifiziere.» Und Hans Schindler, Mitglied der FDP-Gruppe beeilte sich zu sagen: «Ich bin nicht bei der FDP.»